

Allgemeine Impfpflicht?

Werner Rätz, Dagmar Paternoga

Die aktuelle öffentliche Debatte um eine allgemeine Impfpflicht ist von vielfältigen Interessen geprägt und findet in einer gesellschaftlichen Situation statt, in der Widersprüche, Bedürfnisse, Zumutungen bis in die engsten Lebensgemeinschaften, manchmal bis in die einzelnen Individuen hinein Spannungen und unauflösbare Konflikte erzeugen. Die Kriterien, nach denen sich die (politischen wie individuellen) Subjekte zu einer möglichen Impfpflicht positionieren, folgen eigenen medizinischen Einschätzung, die höchst unterschiedlich fachlich gedeckt, für die Individuen aber entscheidend sind. Sie sind darüber hinaus nicht nur interessenbedingt, sondern regelmäßig auch (medizin- oder sozial-)ethischer Art.

Die letztere Ebene macht einen gesellschaftlichen Konsens besonders schwer, weil hier Wertorientierungen ins Spiel kommen, die notwendig widersprüchlich sind und bleiben sollen. Dennoch können ethische Aspekte nicht völlig aus einer Stellungnahme herausgehalten werden, aber wir werden versuchen, sie nachvollziehbar zu begründen und vorsichtig und zurückhaltend zu gewichten. Uns geht es auch nicht in erster Linie um ein Ja oder Nein zu einer allgemeinen Impfpflicht, obwohl wir dazu eine Meinung haben und äußern, wichtiger ist es uns, einen Blick auf den gesamten politischen Zusammenhang zu werfen und Implikationen sichtbar zu machen, die in der öffentlichen Debatte oft ausgeblendet oder geradezu verdeckt werden, und zwar unabhängig davon, ob die Protagonist*innen eine Impfpflicht befürworten oder nicht.

Dabei interessiert uns eine Position nicht, die Impfungen als solche grundsätzlich ablehnt. Impfungen leisten in vielen Fällen wesentliche Beiträge zur Gesundheit der Menschen und sind insofern unverzichtbar. Impfungen sind gleichzeitig Eingriffe in die körperliche Unversehrtheit der Geimpften und erfordern deshalb nicht nur deren Zustimmung, sondern müssen auch einen gesundheitlichen Nutzen für diese in Aussicht stellen. Impfung und mögliche Impfpflicht berühren damit auch Themenbereiche wie staatliche/öffentliche Infrastruktur, soziale Absicherung, Patentregime, internationale Solidarität, Demokratie und ein paar andere.

Ehe man deren Bedeutung würdigen kann, ist zu fragen, was denn eine Impfung gegen Covid 19 bewirken kann. Dabei sind wir auf die Aussagen anderer Fachleute angewiesen. Es scheint weitgehender Konsens zu herrschen, dass die aktuell in Deutschland zugelassenen Impfstoffe allenfalls schwach vor Omikron-Infektionen schützen (gegen Delta war der Schutz noch besser, aber auch nicht gut); sie schützen aber weiterhin mäßig gut vor schweren Erkrankungen (und nach Auffrischung ist dieser Schutz recht gut). Der geringe Schutz vor Infektionen heißt, dass es auch nur einen geringen Schutz vor der Weitergabe des Virus gibt.

Gleichzeitig gibt es nach inzwischen milliardenfacher Anwendung der neuartigen mRNA-Impfstoffe keine Evidenz für häufigere schwere Nebenwirkungen. Bekannt sind Anaphylaxie, Kardiomyositis (besonders bei jungen männlichen Impflingen) und Thrombosen (teils atypisch und mit Thrombozytopenien, auch vermehrt bei Jüngeren), die inzwischen in den Produktinformationen gelistet sind, auch rheumähnliche und long-Covid-ähnliche Symptome werden immer wieder berichtet. In einer Abwägung gegen die bekannte, wenn auch je nach Variante unterschiedliche, Tödlichkeit des Virus und der mit einer Infektion verbundenen oft langanhaltenden und gravierenden Gesundheitsschäden ist die Impfung offensichtlich die für die Gesundheit der Menschen bessere Option.

Die mRNA-Impfstoffe werden mit gentechnischen Verfahren hergestellt, enthalten aber keine genetisch veränderten Organismen. Von ihnen kann direkt also keine genetische Veränderung im menschlichen Körper ausgehen. Keine Information gibt es bisher darüber, ob mit den Verfahren

Risiken verbunden sein könnten, die für alle gentechnischen Praktiken gelten und zu unerwarteten Effekten an nicht vorhersehbaren Stellen im Ökosystem führen könnten. In dieser Hinsicht bleiben wir bei unserer schon früher geäußerten Einschätzung, dass es sich bei der Covid-Impfung um ein riesiges Massenexperiment handelt, auch wenn wir dieses angesichts der beschriebenen gesundheitlichen Folgen der Infektion für legitim halten. Dabei handelt es sich so wenig um ein spezifisches Risiko der neuen Impfstoffe wie bei den Nanopartikeln, die sie enthalten. Die können durchaus Risiken beinhalten, sind aber in zahlreichen Alltagsprodukten ebenfalls enthalten, von der Zahnpasta über Kosmetika bis hin zu wasserabweisenden Beschichtungen. Ihre Eindämmung oder ein Verbot wären also getrennt von den Impfstoffen zu diskutieren.

Bei den aktuellen Impfstoffen kommen neue ökonomische Interessen ins Spiel, die über die bisher bekannten hinausgehen. Immer schon war es problematisch, Gesundheitsvorsorge insbesondere in den arm gemachten Ländern des Südens hauptsächlich oder fast ausschließlich auf Impfkampagnen aufzubauen und die sozialen Komponenten von Gesundheit zu vernachlässigen. Zwar sind Infektionskrankheiten zweifellos ein Gesundheitsrisiko, Armut ist das größere, Krieg auch und ebenfalls die ökologische Zerstörung. Hier haben private Akteure wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung und in den letzten Jahren zunehmend auch Staaten wie die USA mit ihrer ausschließlichen Ausrichtung auf Impfkampagnen dramatisch falsche Akzente gesetzt.

Leider schließt sich in ihrem Gefolge inzwischen auch die Weltgesundheitsorganisation WHO dieser schädlichen Linie an und es steht zu erwarten, dass sich dies durch die massiven Gewöhnung an Impfungen als einziger Lösung in der Coronakrise noch verschlimmert. Mit den neuen mRNA-Impfstoffen verbindet sich nämlich die Vorstellung, die Impfstrategie auf ganz neue Felder der Gesundheitspolitik ausdehnen zu können. Grundsätzlich könnten die Verfahren zu Herstellung der Impfstoffe dazu genutzt werden, vergleichbare Produkte für alle möglichen Indikationen innerhalb kürzester Zeit, mit geringem finanziellen und technischen Aufwand (durch marginale Veränderung der Software) herzustellen. Ob das tatsächlich möglich werden wird oder es sich um bloße Hoffnungen handelt, ist offen. Jedenfalls müssen kritische, emanzipatorische Organisationen da genau hinschauen, aber auch das ist nichts spezifisch mit der Covid-19-Impfung Verbundenes.

Allerdings hätte man aus den Impfkampagnen in manchen Ländern des Südens schon einiges lernen können. In mehreren Ebola-Epidemien hat sich in Westafrika gezeigt, dass man Menschen so ansprechen kann, dass sie für die Impfkampagnen mitgenommen werden. Man muss zu ihnen hingehen, man muss ihnen zuhören, man muss ihre Sorgen und Bedenken ernst nehmen, man muss ihnen Wirkungsweise und Nutzen der Impfung vermitteln. Selbstverständlich ist Ebola tödlicher und die Impfung dagegen wirksamer, als es bei Covid 19 der Fall ist, aber die Arroganz, mit der die Erfahrungen dieser Länder ignoriert worden sind, hat mancherorts massives Vertrauen verspielt, ganz bestimmt in Deutschland. Hier wurde seitens der staatlichen und der meisten wissenschaftlichen Akteure zunächst andere wirksame Maßnahmen (FFP23-Masken) abgewertet und die Impfung als einziger Ausweg aus der Pandemie propagiert, dann die Kampagne schon rein handwerklich miserabel vorbereitet und schließlich keine Datenbasis für umfassende Beurteilungen geschaffen. So wurden die Sommer 2020 und 2021 ohne Lerneffekte vertan und die Szenarios der vergangenen Winter wiederholt, angesichts der oben angesprochene mangelnden Wirksamkeit der Impfung ein Desaster mit Ankündigung.

In anderen Industrieländern gab es nämlich durchaus Impfkampagnen, die sehr viel mehr auf die Menschen eingegangen sind als hierzulande. Das kann nicht alleine damit erklärt werden, dass prinzipielle Impfgegnerschaft in den deutschsprachigen Ländern besonders hoch ist und organisierte verschwörungsmythische Querdenkerei hier besonders früh betrieben wurde.

Ein vorsorgender Staat hätte bereits im Juli 2021 Impfteams in die Pflegeheime losschicken und alle Bürgerinnen zur dritten Impfung einladen müssen. Er hätte das Kaputtsparen des

Gesundheitswesens, ja der gesamten öffentlichen Daseinsvorsorge, beenden und zumindest die Finanzierung der Krankenhäuser umstellen müssen auf bedarfsgerechte Kostendeckung, um damit dem „Wettbewerb“ des Profitstrebens ein Ende zu setzen. Er hätte eine erhebliche Erhöhung der Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen im Pflegebereich durchsetzen müssen. Er hätte auf diese Weise vielleicht Vertrauen gewonnen, das ihm jetzt bei bis zu 30 Prozent der Bevölkerung fehlt.

Ein vorsorgender Staat hätte schon im ersten Lockdown, als tatsächlich auch große Teile der Wirtschaft heruntergefahren wurden, nicht die Unternehmen, sondern die Menschen absichern müssen, indem er sie mit Einkommen ausstattete. Petitionen für ein, zumindest übergangswises oder nur auf bestimmte (Berufs-)Gruppen bezogenes bedingungsloses Grundeinkommen erhieten im Frühjahr 2020 zwar in wenigen Wochen über eine Million Unterschriften, erfuhren aber seitens der politischen Entscheider keinerlei Beachtung. Ebenso erging es dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP), das ein zeitlich befristetes Grundeinkommen (TBI) für die ärmsten Länder vorgeschlagen hatte. Das hätte dort den Ärmsten und hierzulande auch den vielen Selbstständigen eine Perspektive gegeben, die heute nicht selten eher für Verschwörungsideologien ansprechbar sind als für Impfangebote.

Nicht unser Dasein wollte der Staat finanzieren, sondern die Aufrechterhaltung der kapitalistischen Verwertungsabläufe. Das zeigt sich nicht nur am Festhalten an der Schuldenbremse, sondern noch stärker an den konkreten Lockdownregeln, die zwar alle öffentlichen Aktivitäten einschränken oder unterbinden, die irgendwie Freude ins Leben bringen könnten, nicht aber prekäre Arbeits-, Lebens- und Mobilitätsbedingungen verändern.

Ein vorsorgender Staat hätte die Patente für die Impfstoffe freigeben müssen und müsste das immer noch tun, damit die Menschen überall auf der Welt, insbesondere in den arm gemachten Ländern des Südens, hätten geimpft werden können. Das hätte nicht nur postkolonialer Verantwortung entsprochen, sondern auch für die Weltgemeinschaft das Risiko gefährlicher Mutationen verringert. Aber das Patentregime ist insgesamt eine gigantische Profitmaschine und damit eine Heilige Kuh des globalen Kapitalismus. Es sichert nicht die genialen oder glücklichen Erfinder ab, sondern die gewieftesten Startups und großen Konzerne, die, oft gesellschaftlich generiertes und öffentlich finanziertes, Wissen privatisieren und vergolden.

Sind diese Fehler der Vergangenheit schon gravierend genug, so machen es die aktuellen Versuche der Etablierung einer allgemeinen Impfpflicht noch schlimmer. Ihre Protagonist*innen scheinen selbst nicht zu wissen, was sie eigentlich wollen. Das ist keineswegs ein Kommunikationsproblem, obwohl die Art und Weise, wie Maßnahmen diskutiert, beschlossen, infragegestellt, willkürlich verändert werden, wie das, was gestern unerlässlich zu sein schien, morgen schädlich sein soll, selbstverständlich zu Misstrauen führen muss.

Aber über das Chaos zwischen Ministerpräsident*innen, Bundesregierung, Parteien, Expert*innen hinaus ist völlig unklar, ob eine mögliche Impfpflicht durchsetzbar wäre (es gibt ja nicht einmal genügend Personal zur Rückverfolgung der Infektionsketten!) oder ob sie überhaupt durchgesetzt werden soll. Das Minderheitsgutachten des Deutschen Ethikrates weist völlig zu Recht darauf hin, dass die physische Erzwingung der Impfung bei ihrer eingeschränkten Schutzwirkung von vorne herein nicht zu rechtfertigen wäre, und sie wird bisher ja auch nicht ernsthaft erwogen. Alternativen wie beispielsweise Bußgelder könnten von vermögenden Personen leicht und von armen gar nicht bezahlt werden, sie müssten also ins Gefängnis. Die so geschaffenen Ungerechtigkeiten würden notwendig und zu Recht zu weiterem Unmut führen.

Aber angenommen, diese Schwierigkeiten würden gelöst, ließe die Etablierung einer Impfpflicht weiter zahlreiche Fragen offen.

Was würde es für die Zukunft der Demokratie in Deutschland bedeuten, wenn autoritäre Maßnahmen, sogar auch noch ohne umfassende Wirkung, zum Mittel der Wahl würden? Diese Entwicklung hat ja bereits begonnen. Unsere Argumentation in diesem Text grenzt sich sehr klar von „Querdenken“ und anderen Verschwörungserzählungen im Zusammenhang mit Covid 19 ab, deren Gerede ist nicht unseres und mit ihnen haben wir keine Berührungspunkte. Dennoch muss gefragt werden, ob es angehen kann, dass Impfverweigerer*innen mit faktischen Berufsverboten bestraft werden und ihnen mit der Verweigerung von Arbeitslosengeld die materielle Existenzgrundlage entzogen wird? Ja, sie gefährden sich selbst und im Falle einer Infektion potenziell das Gesundheitssystem. Und sie gefährden andere an Leib und Leben. Ihre Haltung ist unsolidarisch und egoistisch, aber ist in der Abwägung das Risiko, das von ihnen ausgeht, derart groß, dass es solch drastische Maßnahmen rechtfertigt?

Der Schutz des menschlichen Lebens und der Gesundheit ist ohne Zweifel eine wichtige staatliche Aufgabe. Aber sie kann nicht wirklich gegen den Willen der Einzelnen durchgesetzt werden. Internationales Medizin- wie ärztliches Standesrecht und auch nationale Gesetzgebungen sind dem Prinzip der körperlichen Unversehrtheit verpflichtet. Bezüglich einer Impfung wie jedem anderen medizinischen Eingriff bedeutet das, dass Menschen nicht gezwungen werden dürfen, etwas zu akzeptieren, dem sie nicht freiwillig zugestimmt haben. Der Hinweis, das könne Dritten nützen, mag ethisch wohl begründet sein, ob man ihm folgen will, muss der Entscheidung der Individuen überlassen bleiben. Eine Ausnahme gilt, wenn die Weigerung andere in ihrer Unversehrtheit verletzt. In diesem Fall wäre abzuwägen, welcher Eingriff der gravierendere wäre. Diese Abwägung müsste aber den Einzelfall beachten, was in den aktuellen Diskussionen nicht vorgesehen ist und auch kaum durchführbar wäre.

Wir sagten schon, dass eine Covid-19-Impfung wirksam ist, aber in eingeschränktem Rahmen. Und es ist bekannt, dass zumindest aktuell unter Vorherrschaft der Omikron-Variante die Krankheitsverläufe in der Regel nicht so schwer sind wie etwa vorher bei Delta. Und wir haben darauf hingewiesen, dass es zur Entlastung des Gesundheitswesens deutlich wirksamer Instrumente gibt als eine allgemeine Impfpflicht.

Angesichts all dessen ist die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht in Deutschland zumindest gegenwärtig durch nichts zu rechtfertigen.